

Chauvinistische Wölfe im grünen Schafspelz

von Rainer Hörig



Wahlkampf in Indien. Voraussichtlich im März/April 1996 werden rund 450 Millionen Wahlberechtigte die Spitze der "größten Demokratie der Welt" neu bestimmen. Die Minderheitsregierung von Premierminister Narasimha Rao ist durch diverse Korruptionsskandale und Führungskrisen angeschlagen. Nach hohen Verlusten bei den Landtagswahlen am Jahreswechsel 1994/1995 muß Rao nun um seine Wiederwahl bangen.

Wahlkampf in Indien, das heißt Lautsprecherumzüge in Stadt und Land, Großkundgebungen, nächtliches Parolenmalen an Hauswänden, sporadische Ausbrüche politischer Gewalt. Die regierende 'Congress'-Partei verspricht politische Stabilität und wirbt mit dem Erfolg ihrer Wirtschaftsreformen. Derweil versuchen noch zwei Dutzend linke

und regionale Parteien ein Bündnis zu schmieden, das als 'Dritte Kraft' in den Wahlkampf ziehen soll.

Chancen auf einen Sieg werden eher der Nummer Zwei eingeräumt, der nationalistischen Hindu-Partei Bharatiya Janata Party (BJP). Ihre Kampagne für den Bau eines neuen Tempels für den Hindu-Gott Rama, die im Dezember 1992 in der Zerstörung der Babri-Moschee und in landesweiten Unruhen zwischen Hindus und Moslems gipfelte, hatte der BJP spektakuläre Wahlsiege in wichtigen Unionsstaaten beschert. Doch ähnliche Versuche, neue Hindutempel anstelle alter Moscheen in Varanasi und Mathura zu errichten, riefen im Sommer 1995 kaum öffentliche Resonanz hervor. Vor zwei Monaten wäre die von der BJP getragene Landesregierung in Gujarat

beinahe über eine Palastrevolution ambitionierter Minister gestürzt. Drei Jahre nach Ayodhya hat das gewohnte Bild einer disziplinierten, von Machtgelüsten und Korruption freien Hindupartei BJP deutliche Risse bekommen.

Auf der Suche nach neuen Wahlkampfthemen entwickelte die Hindu-Rechte einen Drei-Punkte-Plan, der die Schwächen der Regierung offenlegen soll. Der Generalsekretär der BJP, K.N. Govindacharya, erläutert: "Unsere nationale Sicherheit ist bedroht durch die Einmischung von Pakistan und anderer fremder Mächte in den Kashmir-Konflikt sowie durch illegale Migranten aus Bangladesh. Unsere wirtschaftliche Souveränität wird untergraben durch Erpressungsversuche des Westens, insbesondere der USA und schließlich schwächt

Korruption auf höchster Ebene unser Land!"

Mit dem Ruf nach 'Swadeshi' (wirtschaftlicher Eigenständigkeit), einer Parole aus dem antikolonialen Freiheitskampf, attackieren Hindu-Politiker nun die liberale Wirtschaftspolitik der Regierung Rao. Sie schicken ihre Stoßtruppen aus, um heilige Kühe vor dem Schlachter zu retten, um indische Fischer gegen ausländische Fangflotten zu verteidigen, um die Jugend vor amerikanischem 'Fast food' zu bewahren. Indische Umweltschützer, die bislang die Öffentlichkeit auf solche Themen aufmerksam machten, betrachten diese Kampagne als Effekthascherei und distanzieren sich von chauvinistischen Wölfen im grünen Schafspelz.

Kampf gegen Schlachthäuser

Sevagram ist ein verschlafenes Nest im staubig-heißen Zentrum Indiens nahe der Stadt Nagpur. Vor mehr als 60 Jahren ließ sich Mahatma Gandhi hier nieder, um für die Ärmsten der Armen zu arbeiten. Es gelang dem Reformier, das Volk für 'swadeshi' zu begeistern und so die Fremdherrschaft abzuschütteln.

Mitte November 1995 versammelten sich in Sevagram zornige junge Männer mit safrangelben Stirnbändern - Anhänger der Hindu-Gruppe 'Swadeshi Jagran Manch' (SJM, Bewegung für wirtschaftliche Eigenständigkeit). Feierlich riefen sie Gandhi's Andenken nach, bevor sie von Sevagram aus zu einem Fußmarsch durch Indiens Hinterland aufbrachen. Ihr Ziel: der Schlachthof "Al Kabir" nahe der Großstadt Hyderabad. Wie Gandhi propagierten die Hindu-Radikalen ihre Botschaft unterwegs in den Dörfern. Sie warnten davor, eine wertvolle Ressource kurzfristigen Exportinteressen zu opfern und forderten ein landesweites Verbot des Küheschlachtens. Tatsächlich kann die indische Landwirtschaft auf Rinder als Arbeitstiere und Dunglieferanten nicht verzichten. Strittig ist jedoch, ob die Fleischexporte von "Al Kabir" den Rinderbestand gefährden. Daß "Al Kabir" gar keine Kühe, sondern Wasserbüffel schlachtet, fiel in der Hitze der Kampagne wohl niemandem auf. Das geforderte Schlachtverbot würde vor allem die moslemische Minderheit treffen, die das Fleischerhandwerk in Indien dominiert. Der Versuch zur Vereinnahmung des Nationalhelden Gandhi durch eben jene politischen Kräfte, die für seine Ermordung im Jahr 1948 verantwortlich waren, wirft Fragen auf. BJP-Generalsekretär Govindacharya, der als einer der Vordenker im SJM gilt, beteuert, seine Partei habe Gandhi schon immer geachtet: "Wir teilen zwar nicht seine Meinung über die Moslems und seine Überbetonung der Gewaltlosigkeit, aber wir ha-

ben stets seine Vorstellungen zu Aufbau und Reform der indischen Gesellschaft und der Wirtschaft unterstützt."

'Swadeshi' gegen Multis

Govindacharya gehört zur zweiten, jüngeren Führungsriege in der BJP. Er empfängt mich früh morgens in seinem Arbeitszimmer in New Delhi. Das bescheidene Ambiente und das informelle Auftreten des Politikers beeindruckt mich. Wenn Govindacharya über 'swadeshi' doziert, ist schwer vorstellbar, daß er vielleicht damals in Ayodhya den Mob zur Randalfeuerte.

"Heute leben nach offiziellen Angaben 39 Prozent der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze, das entspricht fast der Gesamtbevölkerung Indiens zur Zeit der Unabhängigkeit 1947! Die brennenden Probleme wie Hunger und Arbeitslosigkeit können wir auch mit einheimischen Technologien und Ressourcen lösen. Ausländische Firmen sind willkommen in High-Tech-Sektoren und beim Ausbau der Infrastruktur, aber zu unseren Bedingungen. Im Konsumgüterbereich haben sie nichts zu suchen!"

Govindacharya verweist auf Erfolge: BJP und SJM hätten das vom amerikanischen Enron-Konzern geplante Kraftwerksprojekt Dabhol in Maharashtra gestoppt und dafür gesorgt, daß ein amerikanisches Schnellrestaurant in New Delhi geschlossen wurde. Dem Fußmarsch für ein Schlachtverbot von Kühen werde eine Protestfahrt von Fischerbooten gegen die Raubzüge ausländischer Fangflotten folgen. "Die Hindu-Wirtschaftslehre setzt auf Überschussproduktion, Umverteilung zugunsten der Ärmsten und Einschränkung im Konsum. 'Swadeshi' und Dezentralisierung sind die Antwort auf Indiens Probleme. Anstatt mit westlichen Multis zu konkurrieren, sollten wir uns auf arbeitsintensive Technologien konzentrieren. Die Überlebensbedürfnisse der 700 Millionen Armen müssen Vorrang vor den Luxusräumen der 200 Millionen Wohlhabenden bekommen."

Ich stutze. Solche Töne hatte ich bisher in Indien nur von Sozialisten, Menschenrechtlern und Umweltschützern gehört. Ob er, Govindacharya, denn mit Grünen zusammenarbeite, frage ich. "Langsam bildet sich formell ein Verständnis heraus. Wir agieren parallel zu ähnlichen Themen, eine Zusammenarbeit ist derzeit aber nicht vorgesehen."

Umweltschützer gehen auf Distanz

Die ganzheitliche Weltansicht der Hindus enthält zahlreiche Berührungspunkte zwischen Religion und Umweltschutz. Hindus verehren nicht nur weibliche und männliche Gottheiten, sondern auch

Berge, Flüsse, Pflanzen und Tiere. Indiens Umweltschützer und nun auch die Hindupolitiker stürzen sich auf das tief im Unterbewußtsein verankerte Wissen um die gegenseitige Abhängigkeit von Mensch und Natur. Wäre es vorstellbar, daß Grüne und Safrangelbe ein Bündnis schließen, um Indiens heilige Flüsse und Götterwälder zu retten?

Ich bitte Ashish Kothari, der in Delhi die Umweltschutzinitiative 'Kalpavriksh' mitbegründete und in der Bewegung gegen die Narmada-Staudämme eine tragende Rolle spielt, um eine Stellungnahme. Kothari begrüßt zwar, daß allmählich auch die großen Parteien sich Belangen des Umweltschutzes annehmen: "Aber wie ernst meinen sie es denn? Die nationalistische Parole 'Multis raus' ist zu oberflächlich, sie berührt nicht die Frage eines nachhaltigen Entwicklungsweges für Indien. Auch indische Firmen verhalten sich umweltschädlich!"

Das Beispiel Enron entlarve die Kampagne der Hindu-Nationalisten als Wahlkampfmanöver, meint Kothari. Die SJM habe sich an die Spitze der örtlichen Protestbewegung gesetzt und der BJP im März 1995 zum Wahlsieg in Maharashtra verholfen. Nun aber werde der Fall auf politischer Ebene verhandelt. Die jüngst erfolgte Aufnahme von Neuverhandlungen mit dem amerikanischen Multi habe das Vertrauen der Bevölkerung in die Hindu-Politiker erschüttert. "Die meisten Öko-Aktivisten stehen den etablierten Parteien sehr skeptisch gegenüber und gehen zur Politik auf Distanz. Die Gefahr der Vereinnahmung ist akut, wie das Beispiel Enron belegt. BJP und SJM tragen sehr gefährliche ideologische Ziele im Gepäck. Deren Engagement für die Umwelt und die Armen ist aufgesetzt, kaum vereinbar mit ihrer chauvinistischen Ideologie. Und vor allem stellen die Hindu-Rechten das dominante Fortschrittsmodell nicht in Frage." Ashish Kothari behauptet trotzig, auch er sei ein Nationalist und verabscheue amerikanisches 'fast food', aber die sozialpolitischen und staatsrechtlichen Vorstellungen der Hindu-Chauvinisten könne er beim besten Willen nicht teilen.

In diesem Wahlkampf wird der Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie sicher eine größere Rolle spielen als bisher. Umweltschützer werden wohl dennoch nicht ins Parlament einziehen. Frühere Versuche indischer Bürgerinitiativen, Abgeordnetenmandate zu gewinnen, scheiterten am Mehrheitswahlrecht britischer Tradition. Eine Koalition von Grünen und Safrangelben erscheint für die nahe Zukunft ebenfalls ausgeschlossen. Indien wird also noch lange auf eine grüne Stimme im Parlament warten müssen.